Sorauer Tageblatt

Telegr.: Tageblatt Soraunieder lausitz
Postscheck-Konto: Nr. 954 Berlin NW. 7

(Sorauer Wochenblatt)
Alleiniges Publikations-Organ des Magistrats von Christianstadt a. B.

Fernsprecher Nummer 22 und 37.
Giro-Konto bei der Reichsbank

Erscheinungsweise (freibleibend): Täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. — Bezugspreis: In den Ausgabestellen in Stadt und Land 1,60 Goldmark, ins Haus gebracht 20 Goldpfennig mehr, im Wochenbezuge 42 Goldpfennig, ins Haus gebracht 5 Goldpfennig mehr. Durch die Post bezogen 1,80 Goldmark, durch den Briefträger ins Haus gebracht 40 Goldpfennig mehr. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitseinstellung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des „Sorauer Tageblattes" oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreise: Die 10gespaltene Kolonelzeile für Stadt und Kreis Sorau je Millimeterhöhe 5 Goldpfennig, auswärtige Anzeigen je Millimeterhöhe 7 Goldpfennig. Im Reklameteil die 4gespaltene Kolonelzeile je Millimeterhöhe 20 Goldpfennig. — Für Anzeigen, durch Fernsprecher aufgegeben, wird ein Zuschlag von 10% erhoben, ohne eine Gewähr für Richtigkeit zu übernehmen. Rabatt nach festem Tarif, nur gültig bei sofortiger Bezahlung, bei späterer Zahlung, bei Konkursen und bei Erhebung durch Nachnahme erlischt jeder Anspruch auf denselben.

Nummer 235 — Mittwoch, den 7. Oktober 1925 — 115. Jahrgang

Die erste Konferenzsitzung in Locarno.

Schweizer Begrüßungstelegramm an die Konferenz.

Der Bundespräsident hat folgendes Telegramm an die Konferenz in Locarno gerichtet:

Der Bundesrat und das Schweizervolk rechnen es sich zur Ehre an, daß die internationale Konferenz für den Abschluß eines Sicherheitspaktes auf dem Boden der Eidgenossenschaft zusammentritt. In dem Augenblick, wo die Konferenz ihre Arbeiten beginnt, liegt mir daran, allen ihren Teilnehmern und insbesondere den Mitgliedern der beteiligten Regierungen den herzlichen Willkomm zu entbieten und dem Wunsch Ausdruck zu geben, daß die Konferenz durch ihre Ergebnisse dazu beitragen möge, Europa und die Welt einer langen Aera des Friedens und der Wohlfahrt entgegen zu führen.

Eröffnungsansprache Chamberlains.

Locarno, 5. Okt. Von 10 Uhr morgens an war die Umgebung um den Justizpalast, in dem um 11 Uhr die erste Sitzung der Konferenz stattfand, abgesperrt. Als Konferenzsaal ist ein geräumiger Raum im ersten Stock vorgesehen. Ein großer viereckiger Tisch steht auf einem Perserteppich. An jeder Seite sind vier Stühle aufgestellt. So ist auf Wunsch Briands vermieden worden, ein Oben in der Rangordnung zu schaffen. Kleine Tische an den Seiten des Saales sind für die übrigen Mitglieder der Delegation reserviert. Unter den Fenstern des Sitzungssaales hängen die Fahnen der an der Konferenz beteiligten Mächte, nach dem französischen Alphabet geordnet. Sogar die polnischen und tschechischen Fahnen sind eingeordnet.

Die Delegierten trafen in folgender Reihe ein: Chamberlain, dann Scialoja mit Grand; dann Briand, alle im Auto, herauf Vandervelde mit seiner Begleitung zu Fuß und auf die Minute 11 Uhr die deutsche Delegation in zwei Automobilen. Zunächst begrüßte der Bürgermeister von Locarno, Rusco, die Delegierten, worauf Chamberlain erwiderte und u. a. ausführte:

„Meine Herren, wir haben keineswegs durch Zufall auf der Suche nach einem Zusammenkunftsort, wo wir diese für die Geschicke Europas so wichtige Erörterung führen konnten, übereinstimmend unsere Blicke nach der Schweiz gerichtet. Durch ihre Tradition, durch ihre Geschichte ist sie das Land der Befriedung und des Friedens. Es wäre überflüssig, meinerseits an alle die Dienste zu erinnern, die die Schweiz der Menschheit schon geleistet hat. Diese finden in der ganzen Welt Anerkennung. Wiederum kommt die Schweiz uns zu Hilfe. Von diesem Augenblick an hängt es nur noch von uns ab, uns der Ehre, die uns angetan ist, der Freundschaft, die uns bekundet wurde, würdig zu erweisen. Noch einmal lege ich Wert darauf, Ihnen in meinem Namen und ich glaube sagen zu können, im Namen aller hier Vereinigten die Empfindungen der Dankbarkeit auszusprechen, die uns erfüllen.

Bürgermeister Rusco verabschiedete sich dann von seinen Gästen. Vor Eintritt in die Arbeit der Konferenz wurde beschlossen, der Schweizerischen Bundesregierung telegraphisch den Dank auszusprechen für die Gastfreundschaft und die freundliche Aufnahme, die den Delegationen in Locarno zuteil geworden sei. Darauf

eröffnete Chamberlain die eigentliche Sitzung

mit folgender Ansprache: „Dem einstimmigen Wunsche entsprechend, den Sie freundlichst geäußert haben, habe ich die Verantwortung dafür übernommen, unsere erste Zusammenkunft einzuberufen, da irgend jemand unter uns notwendigerweise die Initiative dazu übernehmen mußte. Ich wünschte, daß diese Unterhaltungen einen so freien und so wenig formalistischen Charakter wie möglich bewahrten. Sobald wir die großen Linien unseres Vorgehens festgestellt und unsere Dispositionen für die Einberufung der Zusammenkunft getroffen haben, erlaube ich mir, anzuregen, daß wir auf die Förmlichkeiten eines Vorsitzes verzichten und uns auf dem Fuße vollständiger Gleichheit treffen, wobei jeder nach bestem Können zu dem Erfolg unseres gemeinsamen Werkes beiträgt, das den Frieden und die Wohlfahrt Europas anstrebt."

Die einzelnen Delegationen brachten dann den Geist der Aufrichtigkeit und des guten Willens zum Ausdruck, mit dem sie an die gemeinsamen Arbeiten herangingen. Es wurde einstimmig beschlossen, von einer Generaldiskussion abzusehen und sofort in eine Erörterung der einzelnen Artikel des von den Rechtssachverständigen in London ausgearbeiteten Vertragsentwurfs einzutreten.

Hinsichtlich einiger Artikel, gegen deren Fassung Widerspruch nicht erhoben wurde, konnte sofort Uebereinstimmung festgestellt werden. Andere Artikel gaben zu Ergänzungsanträgen Veranlassung. Diese Anträge wurden den Juristen zur eingehenderen Erörterung überwiesen. Schließlich wurden einige weitere Artikel der internen Erörterung der Konferenz vorbehalten.

Die erste Zusammenkunft der Regierungsvertreter dauerte 1¾ Stunden. Sie verlief zwanglos und sachlich und umfaßte nach Erledigung der notwendigsten Formalitäten, gegenseitigen Vorstellungen usw., eine erste kurze Aussprache. Dabei wurde insbesondere der Londoner Juristenentwurf erörtert und unter anderem auch die Bemerkungen, die die deutsche Delegation zu den einzelnen Punkten zu machen hatte, vorgebracht.

Dr. Luther und Dr. Stresemann sprachen durchweg deutsch. Ein Mitglied der deutschen Delegation vollzog die Uebersetzungen.

Locarno, 5. Oktober. Von maßgebender Seite verlautet, daß die deutsche Delegation mit dem Verlauf der ersten Sitzung zufrieden ist, trotzdem in den gestrigen späten Abendstunden ein heftiger Kampf um das Tempo der Konferenz vorherging. Die alliierten Delegationen, darunter namentlich die Franzosen und Engländer, hatten nach Informationen aus englischer Quelle die Absicht, das Tempo stark zu beschleunigen, also gewissermaßen die Deutschen zu überrumpeln. Diesem Versuch wurde von deutscher Seite heftiger Widerstand entgegengesetzt.

Leichte Indisposition Dr. Stresemanns.

Locarno, 5. Okt. Die morgige Sitzung der Konferenz ist von Vormittag auf Nachmittag verschoben worden wegen einer leichten Indisposition des Ministers Dr. Stresemann, die auf die Wirkung des Klimawechsels zurückzuführen ist und voraussichtlich morgen behoben sein wird.

Die Haltung Italiens.

Der Führer der italienischen Delegation, Scialoja, erklärte, die italienische Delegation werde die Frage des Schutzes der Brenner Grenze nicht auf der Konferenz in Locarno zur Sprache bringen, da Italien nicht beabsichtige, eine so wichtige Frage zum Gegenstand des Feilschens zu machen. Jedenfalls aber werde Italien ein Abkommen unterschreiben, das durch freie Verhandlungen zwischen den beteiligten Nationen erzielt worden sei. Dieses zwischen Frankreich, Belgien und Deutschland zu erzielende Abkommen müsse die Sicherstellung des Friedens gewährleisten.

Boykottesdienst für die Konferenz.

In Locarno hielt Sonntag abend der Bischof der Diözese Tessin in der Antoniakirche von Locarno einen großen und feierlichen Gottesdienst in Gestalt eines Pontifikalamtes ab, bei dem ihm zahlreiche Geistliche assistierten. Der Bischof sprach in einer langen und schönen Rede davon, daß die Schweiz und insbesondere Tessin dankbar für die Ehre seien, so viele Große der Welt bei sich versammelt zu sehen, um einem Werke des Friedens zu dienen. In Gebeten erflehte er den Beistand Gottes zum Gelingen der Konferenz.

Die englische Presse zur Konferenz.

London, 6. Okt. (Radiodienst des „Sor. Tagebl.") Die Morgenblätter beschränken sich im Wesentlichen auf die Wiedergabe der Berichte ihre Sonderkorrespondenten und der Nachrichtenagenturen aus Locarno. Alle Meldungen heben die optimistische und herzliche Stimmung hervor, die auf der Konferenz herrsche. Die Nachricht von Stresemanns leichter Erkrankung erregt Bedauern, doch hofft man, daß er heute nachmittag wieder hergestellt sein werde, um an den Beratungen teilzunehmen.

Der Sonderkorrespondent von Reuter in Locarno erklärt, eines der bemerkenswertesten Anzeichen der Konferenz sei bisher der offenbare Wunsch der Franzosen und der Deutschen, zu einer Einigung zu gelangen.

Der Sonderkorrespondent der „Westminster Gazette" berichtet, es habe den Anschein, als ob die Konferenz ihre Verhandlungen über den Westpakt bereits diese Woche beenden könne. Es werde noch viel von dem möglichen Einfluß der Bolschewisten gesprochen, die versuchten, Deutschland an dem Eintritt in den Völkerbund zu verhindern. Aber Briand zeige so viel guten Willen, den Deutschen entgegenzukommen, daß dieser Gedanke nicht ernste Erwägung finde. Es habe schwerlich jemals solch ein Optimismus bei Beginn einer Konferenz geherrscht. Man spreche jetzt allgemein davon, daß in Locarno nur der Westpakt unterzeichnet werden solle und daß die Frage der östlichen Verträge einer späteren Konferenz vorbehalten bleiben würde. Der Sonderkorrespondent der „Morningpost" schreibt, wenn Deutschland, Frankreich und England auf der Konferenz nicht die Grundlage für die Sicherheit finden würden, so würde die letzte Hoffnung auf eine Entente geschwunden sein. Das sei die in britischen und französischen Kreisen ausgedrückte Ansicht. Der Berichterstatter fährt dann fort, er höre, daß vorläufig keine überraschenden Ereignisse in Locarno zu erwarten seien. Weder Stresemann noch Briand machten endgültige Versprechungen. — Briand sei aber bereit, bedeutsame Zugeständnisse zu machen. Es verlaute, Briand habe Stresemann und Luther versprochen, daß Frankreich den jetzigen Charakter der Rheinlandbesetzung abändern, die Zahl der Beamten im Saargebiet in weitem Maße herabsetzen, der Räumung Kölns durch die Engländer zustimmen und schließlich sogar mit der Volksabstimmung im Saargebiet und einer Verminderung der dortigen Streitkräfte sich einverstanden erklären werde. Als Gegenleistung werde Frankreich verlangen, daß Deutschland einen Schiedsgerichtsvertrag mit Polen abschließe und den Danziger Korridor garantiere und daß die bestehenden Grenzen nicht mit Gewalt geändert werden dürften. Deutschland müßte auch einem ähnlichen Vertrag mit der Tschechoslowakei zustimmen, während Frankreich auf seinem Recht eines Paktes zur gegenseitigen Unterstützung mit den östlichen europäischen Staaten beharren werde. Der Sonderberichterstatter des „Daily Telegraph" sagt, aus Gesprächen, die er mit verschiedenen Außenministern geführt habe, ersehe er, daß es an gutem Willen nicht fehle. Zur Frage von Deutschlands Ostgrenzen, mit anderen Worten Polens, könne er positiv erklären, daß der britische Außenminister fest auf seinem Standpunkt beharre, keinerlei neue Garantien bezüglich Polens, außer den im Artikel 16 der Völkerbundssatzung enthaltenen, zu geben, die auf alle Mitglieder des Völkerbundes Anwendung finden. Man hoffe, daß eine Vereinbarung über den westlichen Pakt erreicht und ein klarer Fortschritt in Richtung auf Herstellung von Schiedsverträgen zwischen Deutschland und seinen Nachbarn Polen und der Tschechoslowakei erzielt werden würde.

London, 6. Okt. (Radiodienst des „Sor. Tagebl.") Vorsichtiger als die übrigen Korrespondenten äußert sich der Sonderkorrespondent der „Times." Er erklärt, man solle auf die Fortschritte des ersten Tages keine allzu großen Erwartungen setzen. Es bestehe aber guter Grund anzunehmen, daß die deutsche Delegation entschlossen sei, die westlichen und östlichen Verträge gesondert zu behandeln und keiner Verbindung zwischen beiden zuzustimmen. Diese Auffassung sei natürlich der der Franzosen entgegengesetzt.

Das Blatt Lloyd Georges äußert seine Befriedigung darüber, daß Chamberlain eine vorsichtige Haltung einnehme. Das sei eine Genugtuung, da es für Großbritannien gefährlich sein würde, zu weitgehende Verpflichtungen zu übernehmen. Das Mindeste, was Großbritannien von Frankreich als Gegenleistung für ein Garantie verlangen könnte, sei, daß es aufhöre, U-Boote gegen England zu bauen.

„Matin" über Locarno.

Paris, 6. Okt. (Radiodienst des „Sor. Tagebl.") Der Sonderberichterstatter des „Matin" in Locarno meint, daß zwei Fragen eine ernste Diskussion herbeiführen würden. Das erste, einfachere Problem sei der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, bevor der Pakt und die Schiedsverträge als in Kraft befindlich angesehen werden könnten. Hier könnten die Vorbehalte Deutschlands hinsichtlich des Artikels 16 des Völkerbundsstatuts Gegenstand von Verhandlungen zwischen dem Völkerbund und Deutschland bilden. Das zweite Problem sei ernster. Es handelt sich um die französische Garantie, die den Schiedsgerichtsverträgen zwischen Deutschland und seinen östlichen Nachbarn gegeben werden müsse. Die Lösung sei gleicher Art wie sie bei dem belgisch-deutschen Schiedsgerichtsvertrag erfolgen solle. Diese Garantie erstrecke sich sogar auf das sofortige Interventionsrecht, wenn nach Verletzungen des Schiedsgerichtsvertrages der Uebertreter zu Operationen militärischen Charakters schreite. Sie sei infolgedessen vollkommen in Einklang zu bringen mit den Allianzverträgen Frankreichs mit Polen und der Tschechoslowakei. Die deutschen Minister würden eine Konzession hinsichtlich des Besetzungsregimes oder des Verwaltungsregimes im Saargebiet fordern. Hier aber bestehe eine große Schwierigkeit, da das Saargebiet vom Völkerbund verwaltet werde und jede Abänderung des Besetzungsregimes von der Frage der Entwaffnung in Deutschland abhänge.

Dr. Schacht gegen die ausländischen Kredite.

Karlsruhe, 5. Okt. Reichsbankpräsident Dr. Schacht sprach heute nachmittag im kleinen Saal der Festhalle vor den Mitgliedern der badischen Regierung, sowie Vertretern der Wirtschaft des Landes, der Kommunen usw. über wirtschaftliche Fragen. Er betonte, daß an ein Wiederaufleben der Inflation schon wegen der bestehenden währungspolitischen Gesetze nicht zu denken sei. Die Goldwährung in Deutschland sei absolut gesichert. Dr. Schacht behandelte sodann die Frage der Kapitalbeschaffung für unsere gesamte Wirtschaft und führte u. a. aus:

Ich halte es für ausgeschlossen, daß die deutsche Wirtschaft durch ausländische Kraft wieder aufgebaut wird. Wir werden uns von dem Gedanken frei machen müssen, als ob das Ausland ein wichtiges Interesse daran hätte, die deutsche Wirtschaft wieder aufzubauen und uns dazu schrankenlose Mittel zur Verfügung zu stellen, Dr. Schacht setzte dann auseinander, daß in einer zu großen Inanspruchnahme von Auslandskrediten zweifellos währungspolitische und preispolitische Bedenklichkeiten liegen. Man müsse daher die Auslandskredite auf das allernotwendigste Maß beschränken und möglichst nur für solche Zwecke in Anspruch nehmen, die sich unmittelbar in einer Steigerung der Produktion, besonders in der landwirtschaftlichen und Exportindustrie ausdrücken.

Ueber diese beiden Zwecke hinaus seien Auslandskredite auf das schärfste unter die Lupe zu nehmen und das Pumpen der Kommunen im Auslande auf das schärfste zu mißbilligen. Der Redner verteidigte sodann die Haltung der Reichsbank und bezeichnete es als ausgeschlossen, daß man wieder die Notenpresse in Bewegung setzen werde, um der Wirtschaft etwas zu geben, womit ihr für den Augenblick geholfen wäre. Dr. Schacht erklärte, er weigere sich unter allen Umständen zu solchen Mitteln zu greifen, die das Vertrauen des Auslandes erschüttern würden.

Im übrigen trat er für die Gewährung von langfristigen Krediten ein. Zusammenfassend stellte er folgende Richtlinien auf: Auslandskredite nur für notwendige produktive, nicht aber für unnütze oder entbehrliche Zwecke, Nutzbarmachung der vorhandenen Inlandskapitalkraft in vernünftigerer Weise als bisher, größte Sparsamkeit auf allen Gebieten und endlich stärkste Schonung der Wirtschaft von seiten des Staates und der Verwaltung durch Beschränkung der öffentlichen Ausgaben. Dr. Schacht stellte mit Genugtuung fest, daß in den letzten Jahren eine vernünftigere Auslegung der Staatsgewalt Platz greife, die Ereignisse hätten die Welt davon überzeugt, daß eine friedliche Zusammenarbeit der Völker unter allen Umständen notwendig ist. Dr. Schacht hält die Aufbringung von 2½ Milliarden jährlich für die Dawes-zahlungen für möglich, wenn man Deutschland die Voraussetzungen dafür schaffe, indem man ihm die Märkte der Welt öffne und ihm weder Kolonien zuweise, wo es seine Rohstoffe auf eigenem Gebiete produzieren kann. Er schloß mit einem hoffnungsvollen Ausblick in die Zukunft.

Beamtenforderungen.

Das Provinzkartell Berlin des Deutschen Beamtenbundes veranstaltete am Sonntag eine Kundgebung der Beamtenschaft gegen die neue Besoldungsregelung. Bekanntlich halte der Reichsfinanzminister die Forderungen der Beamtenorganisationen auf Gehaltserhöhung abgelehnt mit dem Hinweis auf die Finanzlage des Reichs, die